

Soziale Unruhen im autoritären Stadtstaat?

von
Rolf Jordan

Erste Unruhen seit 44 Jahren machen auf die prekäre Situation vieler ArbeitsmigrantInnen aufmerksam

Der Autor ist
Südostasienwis-
senschaftler und
Mitglied der Süd-
ostasien Informa-
tionsstelle.

Ein tödlicher Verkehrsunfall war der Auslöser für eine gewaltsame Konfrontation zwischen Polizei und Rettungskräften auf der einen und einer großen Zahl von ArbeitsmigrantInnen auf der anderen Seite, die in besonderer Weise auf die prekäre Arbeits- und Lebenssituation vieler Menschen, die als Arbeitsmigranten in Singapur leben, aufmerksam machte. Gleichzeitig wird jedoch vermutlich die Heftigkeit der Zusammenstöße dazu beitragen, die in den letzten Jahren gewachsenen Ressentiments vieler Bürger Singapurs gegenüber der steigenden Zahl von ArbeitsmigrantInnen im Stadtstaat weiter zu verstärken.

Ein Unfall und seine Folgen

Es ist Sonntag, der 8. Dezember 2013, gegen 21:30 Uhr, als ein Bus an der Kreuzung Race Court Road und Hampshire Road in Singapurs historischem Little India District einen 33-jährigen Gastarbeiter aus Indien überfährt und ihn tötet. Das Viertel, dessen Straßen von unzähligen indischen Geschäften und Restaurants gesäumt sind, ist an den Wochenenden Treffpunkt für Tausende von ArbeitsmigrantInnen aus Indien, Sri Lanka und Bangladesh, die hier

an ihren arbeitsfreien Tagen zusammenkommen und gemeinsam essen, trinken und feiern. In der Woche leben sie überwiegend auf den vielen Baustellen des Stadtstaats in eigens für sie errichteten Wohnunterkünften und Containersiedlungen. An den Wochenenden ist dann auf den Straßen Little Indias kaum ein Durchkommen, wenn sich die große Zahl der zumeist jungen Männer vor den Restaurants und Verkaufsständen des Viertels trifft.

Unmittelbar nach dem tödlichen Unfall beginnt nach Auskunft der Polizei, eine Gruppe junger Männer den Bus zu attackieren. Und als nur wenige Minuten später Rettungskräfte und die Polizei am Unfallort eintreffen, werden auch diese von einer nun immer größer werdenden Gruppe aufgebrachter Menschen angegriffen. Nach Augenzeugenberichten werden die Rettungskräfte bei dem Versuch, das tödlich verletzte Unfallopfer zu bergen, von der Menge mit Gegenständen beworfen und rasch greifen die Tätlichkeiten auch auf die am Unfallort eintreffenden Polizeikräfte über.

Als die Polizei kurz vor Mitternacht die Situation endlich unter Kontrolle bringen kann, bietet sich ihnen ein Bild der Verwüstung: mehr als zwanzig Fahrzeuge der *Singapore Civil Defence Force* (SCDF) wurden beschädigt, neben einem Rettungswagen



Little India in
Singapur
Foto: Genia
Findeisen

drei Polizeifahrzeuge und ein Polizeimotorrad durch Feuer vollständig zerstört. Bei den Angriffen werden 27 Polizisten und vier Mitarbeiter der Rettungskräfte verletzt, über die Zahl der Verletzten unter den Angreifern machen die Polizeiberichte keine Angaben.

Videomaterial, das bereits kurz nach den Ausschreitungen ins Internet gestellt wurde, zeigt nicht nur Angreifer, die mit Mülltonnen und anderen Gegenständen auf die Fahrzeuge einschlagen, sondern auch einzelne Männer, die Molotowcocktails auf die Einsatzfahrzeuge werfen. Erst der Einsatz von knapp 300 Polizisten des *Special Operations Command* (SOC) kann zusammen mit einer Gurkha-Abteilung die Ausschreitungen beenden, an deren nach Angaben der Behörden 300 bis 400 Angreifer beteiligt waren.

Festnahmen und Ausweisungen

Bereits am Morgen nach den schwersten Auseinandersetzungen, die Singapur seit mehr als vier Jahrzehnten erlebte, präsentierten die Polizeibehörden eine erste Bilanz der vorangegangenen Nacht: insgesamt hatte die Polizei 27 Angreifer festgenommen, darunter 24 Personen aus Indien, zwei Männer aus Bangladesch sowie einen mit permanentem Wohnsitz in Singapur. Nach Auswertung des umfangreichen Videomaterials wurde jedoch deutlich, dass lediglich die Männer aus Indien direkt an den gewaltsamen Ausschreitungen beteiligt waren.

In den folgenden Tagen wurden nach Sichtung zusätzlichen Videomaterials neun weitere Personen wegen Teilnahme an den Angriffen auf Rettungs- und Polizeikräfte festgenommen, so dass sich insgesamt 33 Personen wegen der Teilnahme an schweren Ausschreitungen mit Waffen vorübergehend in Gewahrsam befanden.

Den Festgenommenen drohten angesichts dieser Anklage empfindliche Strafen in dem für sein drakonisches Strafsystem berühmten Stadtstaat. Neben der Prügelstrafe sieht das Strafrecht Singapurs für die aktive Teilnahme an gewaltsamen Ausschreitungen eine Haftstrafe bis zu sieben Jahren vor.

Doch anstatt die Festgenommenen vor ein Gericht zu stellen und abzuurteilen, hat Singapur die in den ersten Tagen nach den Ausschreitungen festgenommenen 33 Männer ebenso wie weitere 24 junge Männer, die ebenfalls als Teilnehmer an den gewaltsamen Zusammenstößen identifiziert wurden, ausgewiesen und in ihr Heimatland Indien zurückgeschickt.

Nichtregierungsorganisationen wie *Workfair Singapore*, eine Organisation, die sich für mehr Rechte von Arbeitern in Singapur einsetzt, kritisierte die schnelle Deportation der Arbeitsmigranten, die der Teilnahme an den Ausschreitungen verdächtig wur-

den, da sie ohne abschließende Klärung der Schuldfrage erfolgte und eine juristische Aufarbeitung der Gewalt verhindert hat. Auch die Frage, ob und gegebenenfalls in welchem Maße die Sicherheitskräfte selber zur Eskalation der Situation in Little India beigetragen hatten, bleibt damit unbeantwortet.

Konfliktpotential durch Zuwanderung von ArbeitsmigrantInnen?

Innenpolitisch befeuern die Ausschreitungen von Anfang Dezember 2013 eine Debatte, die bereits seit einigen Jahren eine zunehmend bedeutendere Rolle in Singapur spielt. Wachsende Ressentiments gegen eine in den Augen vieler zu große Zahl von ArbeitsmigrantInnen im Stadtstaat wurden nicht zuletzt von den Oppositionsparteien in den zurückliegenden Parlamentswahlen erfolgreich aufgegriffen.

Seit Jahren wirbt der Stadtstaat eine immer größere Zahl von ArbeitsmigrantInnen an, ohne die das anhaltende Wirtschaftswachstum des Stadtstaates kaum möglich wäre und die vor allem im Bausektor, in den Exportindustrien des Landes und in den unteren Lohnbereichen des Dienstleistungssektors beschäftigt sind. Ihre Einkommensmöglichkeiten sind oftmals gering und die Bedingungen, unter denen sie während ihrer Beschäftigung in Singapur leben müssen, schlecht.

Während ArbeitsmigrantInnen in der Bevölkerung Singapurs zumeist für steigende Miet- und Lebenshaltungskosten und eine Zunahme von Kriminalität verantwortlich gemacht werden, sind ihre schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen nur selten Thema in den öffentlichen Debatten und den Leserbriefspalten der regierungsamtlichen *Straits Times*. Und auch die Ausschreitungen vom Dezember werden nicht so sehr das Augenmerk auf die Lebenssituation der in Singapur lebenden MigrantInnen richten, als vielmehr die Debatte um eine Begrenzung des Zustroms von ArbeitsmigrantInnen und eine stärkere Reglementierung und Kontrolle ihres Aufenthaltes im Stadtstaat befeuern.

Auch, wenn die jüngsten gewaltsamen Ausschreitungen sicherlich ein singuläres Ereignis sein werden, das in seiner Art keine Rückschlüsse auf zukünftige Konflikte um und mit Arbeitsmigration in Singapur zulässt, so wirft es doch ein weiteres Schlaglicht auf das Konfliktpotential, das die wachsende Abhängigkeit der Wirtschaft Singapurs von Arbeitsmigration birgt. Statt sich in den Ressentiments gegenüber den MigrantInnen bestätigt zu fühlen, wäre eine stärkere Auseinandersetzung mit den Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Menschen dringend geboten – auch und gerade im Dialog mit den Betroffenen selber, die bisher nur Objekte einer Debatte sind, die von ihrer Lebenssituation am Rande der Wohlstandsgesellschaft nichts wissen will.